

Tabakarbeiter

Erscheint Sonnabende. Redaktionschluss
Montags. Bezugspreis monatlich 40 A
ohne Bringerlohn. Anzeigenpreis 35 A
für die sechsgeplatzte Millimeterzeile.
Redaktion, Expediition, Verlag: Bremen.
An der Weide 20. Tel. Domsheide 2 07 80

Organ des
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Ver-
antwortlich: für den redaktionellen Teil
Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald
Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-
Verband, Ferdinand Hufung, Druck: J. H.
Schmalfeldt & Co. Gänzlich in Bremen

Nummer 43

Bremen, 22. Oktober

Jahrgang 1932

Die Gewerkschaftsjugend wirbt!

Gewerkschaftsjugend! An die Front! Wir werben trotz Krise, trotz Arbeitslosigkeit, trotz Miesmacherei und Verzweiflung, trotz Nörgelei und Heße. Wir werben, weil wir wissen: Einigkeit verleiht Stärke, Einmütigkeit gibt neuen Antrieb für gewerkschaftliche Arbeit, Zusammenstehen in der Organisation erhöht die Widerstandskraft gegen Reaktion und Maulheldentum. Die gewerkschaftlich organisierte Jugend wirbt unter dem unorganisierten Jungvolk. Sie ruft allen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeitern zu: Helft beim Werben! Organisiert Lehrlinge und jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter. Schickt sie in die Jugendabteilungen der freien Gewerkschaften!

Die Werbearbeit wird durchgeführt durch Hausagitation unter Verwendung von Flugblättern in der letzten Hälfte des Oktober und in den drei Wochen des November nach der Reichstagswahl. Ausstellungen und werbende Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend während dieser Zeit werden Einblick in das Wirken gewerkschaftlich organisierter Jungvolks für Eltern und Jugendliche geben. Zur Durchführung dieser Werbearbeit werden Helfer gebraucht. Wer sich zur Verfügung stellen kann, melde sich in den Ortsausschüssen, oder — wo solche nicht bestehen — bei den Zahlstellenverwaltungen. Sie werden durch das Jugendkartell in Verbindung mit den Jugendabteilungen der Berufsverbände die Maßnahmen für das Werben in die Wege leiten.

Außer der direkten Mitarbeit beim Werben bedarf es noch einer selbstverständlichen, stillen Werbetätigkeit im Betrieb, auf der Stempelstelle, im Bekanntenkreise und daheim. Still und selbstverständlich ist diese Art der Werbung genannt, denn sie wird nicht vollbracht mit großen Reden. Ihr Erfolg hängt ab vom Menschen, der Werber ist. Ein Gewerkschafter von echtem Schrot und Korn findet gegenüber dem Jungvolk das rechte Wort, das Zutrauen auslöst zu ihm und zur Gewerkschaft, die er vertritt. Nicht mit Versprechungen und Redensarten darf geworben werden, nicht mit starken Worten, die den Anschein großer Macht erwecken, auch nicht mit Verdrehungen und Schlagworten. Gewerkschafter sind aufrecht und gerade wie ihr Wollen. Sie können und müssen auf „krumme“ Wege verzichten. Und mit Aufrichtigkeit und Innerlichkeit für die Bewegung gewonnene junge Arbeiterinnen und Arbeiter werden echte Milkämpfer für die gewerkschaftlichen Organisationen und für den Sozialismus.

Wir brauchen viele Mitstreiter! Das Heer gewerkschaftlich unorganisierter Arbeiterinnen und Arbeiter ist noch riesengroß. Gewerkschaftsfunktionäre, Kolleginnen und Kollegen: Wirkt in diesem Heer! Erwerbt euch das Vertrauen der jungen Generation durch echtes, aufrechtes Gewerkschaftertum! Gewinnt die jungen Kolleginnen und Kollegen für die freien Gewerkschaften! Gewinnt sie als Kämpfer für den Sozialismus!

Verständnis für die Jugend

Junge Menschen sind überheblich! Das stellt — gestehen wir es ehrlich ein — jede alte Generation fest. Jede Generation fügt aber noch hinzu, daß gerade die jetzige Jugend besonders zur Ueberheblichkeit neige, daß sie Ehrfurcht vor dem Alter nicht kenne, sich den Erfahrungen gereifter Menschen verschließe, auf Geleitetes mit Verachtung blicke, nur sich in den Vordergrund rücke und allein die Welt aus den Angeln heben wolle. Mancher sieht das, denkt an seine Jugend, lächelt verständnisvoll und vertraut auf die Zeit und das Leben, die dieser Jugend den Stempel aufdrücken werden. Manch einer wird aber verbissen, weil er sich zurückgedrängt fühlt, sich ungerecht beurteilt glaubt, und weil er — fälschlicherweise — annahm, es sei möglich, gemachte Lebenserfahrungen an junge Menschen wie Bücherwissen weiterzugeben.

Auch die heutige Jugend wird mit scheelen Augen angesehen. Sie steht im Geruch, radikal zu sein, kritisch zu urteilen und hemmungslos Forderungen zu erheben. Zu einem Teil stimmt das,

zu einem andern nicht. Arbeitslose, nicht-organisierte Jugend ist radikal, kritisch und hemmungslos, denn ihr fehlt der Maßstab für die Leistung. Würde sie im Betrieb stehen und täglich die Ueberlegenheit erfahrener Berufsarbeiter in der Arbeit spüren, so wäre sie schnell kuriert. Würde sie in gewerkschaftlichen Organisationen sein und gewerkschaftliche Kleinarbeit kennen, so stellte sich auch in dieser Richtung bald ein Anerkennen der Leistung ein. Bei in Arbeit stehender, gewerkschaftlich organisierter und in Jugendabteilungen geschulter Jugend sind Radikalismus, Kritik und Hemmungslosigkeit zwar auch zu finden. Sie bewegen sich aber in Bahnen, die keineswegs ungewöhnlich sind, wenn man das Alter dieser Generation und die Krisenzeit berücksichtigt.

Was ergibt sich aus dem Gesagten? Wir müssen für die junge Generation Verständnis aufbringen. Es ist kein Vorzug und kein Fehler, jung zu sein. Es ist kein Jammer, in jungen Jahren noch nicht mit der Gerubsamkeit des Alters ausgerüstet zu den Tagesereignissen

Stellung zu nehmen. Es ist auch keine schauerliche Angelegenheit, wenn in organisatorischen Dingen Meinungsverschiedenheiten zwischen jung und alt bestehen. Harmonieren denn die Eltern immer mit ihren heranwachsenden Jungens und Mädels? Gewiß nicht! Und darum seht nicht grau in grau, wenn das Jungvolk etwas fürwitzig zu sein scheint.

Helft vielmehr, es trotz der Krise und der Arbeitslosigkeit in die gewerkschaftlichen Organisationen und in die Jugendabteilungen zu bringen, damit die heute in den Betrieben ausfallende Erziehungsarbeit zum Gewerkschafter durch Bilden und Formen der jungen Kämpferinnen und Kämpfer in den Jugendabteilungen vorgenommen werden kann.

Habt Verständnis für die Jugend! Seid Helfer und Berater! Glaubt nicht, sie betreten zu müssen! Die Jugend braucht nicht Beschützer, die alles Geröll des Lebensweges beiseite räumen. Sie braucht Kameraden, die aufrecht und geradlinig sind, die vorbildlich als Gewerkschafter wirken, die Sozialisten sind. Werbt unter dem unorganisierten Jungvolk für die gewerkschaftliche Organisation! Werbt für den Besuch der Jugendveranstaltungen!

Entscheidungen des Reichsschlichtungsausschusses

In der Sache der Firma Zigarettenfabrik Josetti, Berlin, gegen den Deutschen Tabakarbeiter-Verband in Bremen betr.

Leistung von Arbeit an Sonnabenden,
fällte der Reichsschlichtungsausschuß für die Zigarettenindustrie am 30. September 1932 unter dem Vorsitz des Herrn Oberlandesgerichtsrates Dr. Lettsmann folgenden

Schiedspruch:

Wenn ausnahmsweise Betriebsnotwendigkeiten Ueberstunden auch an Sonnabenden erforderlich machen und eine Einigung zwischen der Betriebsleitung und der Betriebsvertretung nicht zustande kommt, so ist entsprechend den Bestimmungen in § 2 Ziffer 4 des Hauptvertrages zu verfahren.

In der Begründung dieser Entscheidung Nr. 60 heißt es:

Die Firma Zigarettenfabrik Josetti in Berlin hatte infolge eines plötzlichen Auftrags-einganges beabsichtigt, an einem Sonnabende arbeiten zu lassen. Sie hat sich zu diesem Zwecke mit der Betriebsvertretung ins Einvernehmen gesetzt, die aber eine Betriebsnotwendigkeit nicht für vorliegend erachtete. Als daraufhin die Firma durch Anschlag die Arbeit an dem Sonnabende anordnete, hat die Belegschaft auf Veranlassung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes der Anordnung nicht Folge geleistet.

Die Firma hat nun den Fachschlichtungsausschuß Berlin angerufen und hat beantragt festzustellen, daß bei ablehnender Haltung der Betriebsvertretung die Belegschaft zunächst verpflichtet ist, die Arbeit am Sonnabende zu leisten. Der Fachschlichtungsausschuß hat den Antrag in der Sitzung vom 19. Juli 1932 mit Stimmgleichheit abgelehnt. Hiergegen hat die Firma Berufung eingelegt.

Diese erscheint begründet. Denn jede Arbeit, die über die Dauer von wöchentlich 42½ Stunden (d. i. die regelmäßige Arbeitszeit laut Zusatzvertrag zum Hauptvertrage) hinaus geleistet wird, stellt sich als Ueberstundenleistung dar. Daß das auch die Auffassung der Tarifvertragsparteien ist, ergibt sich unzweifelhaft aus § 2 Abs. 5 des Zusatzvertrages; denn wenn dort gesagt wird, daß für Ueberstunden ein Zuschlag von 25 Prozent erst von der vollendeten 48. Arbeitsstunde an bezahlt wird, so wird damit im Zusammenhang mit § 2 Abs. 1 des Zusatzvertrages anerkannt, daß Mehrarbeit über 42½ Stunden hinaus Ueberstunden bedeutet, doch bis zur Grenze von 48 Stunden nicht zuschlagspflichtig ist.

Nun sagt aber § 2 Z. 8 des Hauptvertrages, daß im Bedarfsfalle Ueberstunden im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung zu leisten sind. Weiter bestimmt dann § 2 Z. 4 des Hauptvertrages, daß, wenn keine Einigung zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung über die Leistung der Ueberstunden erfolgt, die Ueberstunden zunächst zu leisten sind, aber über die Berechtigung endgültig und bindend der örtliche Fachschlichtungsausschuß entscheidet. Danach erscheint der Standpunkt der Firma Josetti berechtigt.

Bei alledem ist es grundsätzlich belanglos, ob die Ueberstundenarbeit an dem an sich arbeitsfreien Sonnabende oder an einem der anderen Wochentage geleistet werden soll. Die Bedenken des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes,

daß diese Regelung zu Mißbrauch führen könne, erscheint nicht wohl begründet; denn selbstverständlich können die Betriebsleitungen nicht willkürlich Sonnabendarbeit anordnen, sondern eben nur ausnahmsweise im Bedarfsfalle, und im Fachschlichtungsausschuß ist eine Kontrollinstanz gegeben.

Hiernach war der Berufung stattzugeben.

Der Entscheidung Nr. 61 lag folgender Tatbestand zugrunde:

In der Zigarettenfabrik Monopol in Dresden war zeitweise der Geschäftsgang sehr gut, so daß in der Zeit von Mitte 1931 bis Mitte 1932 in einigen Abteilungen der größte Teil der Sonnabende mit zur Arbeit herangezogen wurde. Jetzt ist nun Streit über die

Berechnung der Ferienentschädigung

entstanden. Die Firma will diese nur auf Grundlage der 42½stündigen Wochenarbeitszeit, wie sie der Zusatzvertrag zum Haupttarifvertrage vorseht, zahlen. Dagegen beantragt der Deutsche Tabakarbeiter-Verband festzustellen, daß der Sonnabend bei Be-

messung der Ferienvergütung mit anzurechnen ist, wenn der Urlaubsberechtigte im vergangenen Halbjahre regelmäßig oder fast regelmäßig an 6 Tagen in der Woche gearbeitet hat.

Der Antrag erscheint indessen nicht begründet. Denn wenn es in § 5 Z. 1 des Hauptvertrages heißt, daß Ferien „unter Fortzahlung des vollen Lohnes“ gewährt werden, so ist hierunter der volle Lohn bei tariflicher Arbeitszeit zu verstehen. Diese ist aber unter der Herrschaft des Zusatzvertrages die 42½stündige in der Arbeitswoche. Arbeit, die über 42½ Stunden hinaus geleistet wird, stellt sich als Ueberstundenleistung dar, was sich unzweifelhaft aus § 2 Abs. 5 des Zusatzvertrages ergibt. Ueberstunden bleiben jedoch bei der Berechnung der Ferienvergütung außer Betracht, wie andererseits sich ja auch bei Kurzarbeit der Lohnausfall nicht auf die Ferienentschädigung auswirkt.

So konnte dem Antrage Erfolg nicht beschieden sein.

Zigarrenherstellung

Schulmeister Dr. Bahls

In der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ haben wir unter der Ueberschrift „Warum keine Lohnsenkung?“ Ausführungen wiedergegeben, die der Geschäftsführer des Reichsverbandes Deutscher Zigarrenhersteller (RDZ.) am 4. Oktober in Mannheim gehalten hat.

Unsere daran geknüpfte Bemerkung, daß es nicht Gründe sozialer Art gewesen seien, die den RDZ. zu seiner Empfehlung bewogen hätten, hat Herrn Dr. Bahls, den Geschäftsführer des Verbandes süddeutscher Zigarrenfabrikanten, arg in Harnisch gebracht. Er versichert uns, daß bei der Beschlußfassung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des RDZ. die sozialen Erwägungen durchaus im Vordergrund gestanden hätten, und dies Herr Jacubeit in der Mannheimer Versammlung unter dem Beifall der anwesenden Herrn auch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht habe.

Wir hätten diesen Teil der Rede des Herrn Jacubeit — von dem wir schon deshalb mit großer Befriedigung Kenntnis nehmen, weil noch bei den letzten Tarifverhandlungen im Sommer dieses Jahres von sozialen Erwägungen beim RDZ. recht wenig zu merken war — den Leserinnen und Lesern des „Tabak-Arbeiter“ nicht vorenthalten, wenn er in dem von Herrn Dr. Bahls verfaßten Bericht der „Süddeutschen Tabakzeitung“ mit erwähnt gewesen wäre. So aber blieb keine andere als die von uns gezogene Schlussfolgerung übrig.

Damit könnte diese Angelegenheit ihre Erledigung gefunden haben, wenn Herr Dr. Bahls uns von der Lücke in seinem Bericht an die „Süddeutsche Tabakzeitung“ in einem etwas weniger anmaßenden Ton Mitteilung gemacht hätte, und wenn es ihm möglich gewesen wäre, darauf zu verzichten, uns — auch wieder in recht überheblicher Form — gute Lehren zu erteilen. Herr Dr. Bahls mag sich ein für allemal gesagt sein lassen, daß er

mit seinen Methoden, die doch allzusehr an bestimmte Schulmeistertypen der Vorkriegszeit erinnern, bei uns keinen Eindruck erzielen kann. Auch dann nicht, wenn er sie — wie wir zu seinen Gunsten annehmen wollen — nur deshalb anwendet, um bei seinen Arbeitgebern, den süddeutschen Zigarrenfabrikanten, als der starke Mann zu erscheinen, der dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband und dem „Tabak-Arbeiter“ einmal gründlich den Magen reinmacht.

Allgemeinverbindlich erklärt

wurde gemäß § 2 der Tarifvertragsordnung mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 der am 1. August 1932 abgeschlossene Bezirksstarifvertrag nebst Ortsklasseneinteilung für Mitteldeutschland.

Die allgemeine Verbindlichkeit, die vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister mit dem Tarifvertrag endet, erstreckt sich nicht auf die in den Bezirksstarifvertrag übernommenen Bestimmungen des Reichstarifvertrages vom 8. Juli 1932, soweit diese von der Allgemeinverbindlichkeit des Reichstarifvertrages ausgenommen worden sind. Die allgemeine Verbindlichkeit des früheren Bezirksstarifvertrages für dieses Gebiet hat geendet.

Tabakanbau 1932

Im Erntejahr 1932, das vom 1. Juli 1932 bis zum 30. Juni 1933 läuft, gibt es nach dem vorläufigen Ergebnis 55 887 Pflanzler, die gewerblich Tabak anbauen, und zwar auf 90 915 Grundstücken mit 1 081 781 a und 62 qm Flächeninhalt. Außerdem sind noch 10 734 Pflanzler da, die auf ihren Grundstücken mit 2855 a und 30 qm Tabak für den eigenen Hausbedarf anbauen.

Die zulässige Tabakanbaufläche nach § 3 der Verordnung über den gewerblichen Tabakanbau vom 24. Februar 1931 beträgt 1 091 619 a und 61 qm

Unfurbelung der Tabakwirtschaft?

Wir stehen nicht an zu erklären, daß wir dem Ergebnis der statistischen Erhebung, die der Deutsche Tabakarbeiter-Verband Ende September zur Feststellung der Beschäftigungsmöglichkeit seiner Mitglieder veranstaltet hat, mit mehr Spannung als sonst entgegengesehen haben. Mußte sich dann doch zeigen, ob die Hoffnungen, die teilweise auch in der Tabakindustrie auf das Papenische Wirtschaftsprogramm gesetzt worden waren, in Erfüllung gehen würden oder nicht.

Und siehe da: trotz recht bedenklicher Stimmungsmache, trotz Einstellungsprämien und trotz der in früheren Jahren in diese Zeit fallenden Erledigung der Weihnachttaufträge hat sich die Lage des Arbeitsmarktes in der Tabakindustrie nicht merklich gebessert. Von je 100 statistisch erfaßten Verbandsmitgliedern waren

Ende	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
August	43,67	28,18	26,52	1,63
September	42,36	26,07	30,39	1,18
	-1,31	-2,11	+3,87	-0,45

Zigarrenherstellung

Ende	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
August	50,70	23,93	22,99	2,38
September	48,16	25,08	25,04	1,72
	-2,54	+1,15	+2,05	-0,66

Zigarettenherstellung

Ende	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
August	31,80	37,04	31,16	—
September	33,46	25,59	40,95	—
	+1,66	-11,45	+9,79	—

Rautabakherstellung

Ende	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
August	5,34	57,23	37,43	—
September	3,83	51,62	44,55	—
	-1,51	-5,61	+7,12	—

Rauchtabak- und Schnupftabakherstellung

Ende	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
August	30,99	20,26	48,61	0,14
September	32,86	20,59	46,45	0,10
	+1,87	+0,33	-2,16	-0,04

Demnach hat sich die Zahl der Vollarbeiter noch nicht einmal um 4 v. H. gehoben, so daß der berühmte Silberstreifen am Horizont der Tabakindustrie immer noch sehr schmal ist. Wie sollte es auch anders sein, wenn man, wie die Papen-Regierung es tut, durch Lohnsenkungen und Unterstützungskürzungen die Kaufkraft großer Bevölkerungsschichten immer tiefer herabdrückt. Helfen kann hier nur, das muß immer wieder gesagt werden, Arbeitsbeschaffung im Sinne der freigewerkschaftlichen Forderungen und damit die Hebung der Massenkaukraft.

Doch nun zurück zur Statistik des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes Ende September 1932. Erfast wurden insgesamt 50 987 (12 307 männliche und 38 680 weibliche) Mitglieder. Davon waren 21 596 (5719 männliche und 15 877 weibliche) völlig arbeitslos, während 13 295 (2752 männliche und 10 543 weibliche) verkürzt arbeiten mußten. Im einzelnen war die tariflich festgelegte Wochenarbeitszeit verkürzt um Stunden bei

	1-8	9-16	17-24	25 u. mehr
Männlichen	1340	602	295	515
Weiblichen	4355	3939	1040	1209
Insgesamt	5695	4541	1335	1724

Demgegenüber konnten 15 494 (3706 männliche und 11 788 weibliche) Mitglieder ihre tarifliche Wochenarbeitszeit voll ausnützen, während 602 (130 männliche und 472 weibliche) darüber hinaus arbeiteten. Im einzelnen wurden Ueberstunden gemacht:

von	1-8	4-6	7 und mehr
Männlichen	9	91	30
Weiblichen	2	321	149
Insgesamt	11	412	179

Von den statistisch erfaßten Mitgliedern gehörten zur Herstellung von

Zigarren	34 969	davon 25 349 weibliche
Zigaretten	12 095	davon 10 994 weibliche
Rautabak	2 009	davon 1 093 weibliche
Rauch- und Schnupftabak	1 914	davon 1 244 weibliche

Davon waren in der Herstellung

von	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
Zigarren	16 848	8 769	8 757	600
Zigaretten	4 047	3 095	4 953	—
Rautabak	77	1 037	895	—
Rauch- und Schnupftabak	629	394	889	2

Abschließend dann noch eine Gegenüberstellung, aus der zu ersehen ist, wieviel Arbeitsstunden auf die statistisch erfaßten Verbandsmitglieder in der letzten Woche des jeweiligen Monats entfallen. Diese Zahl der Arbeitsstunden betrug in der

	Insgesamt	pro Mitgl.	pro beschäft. Mitglied
Zigarrenherstellung			
August	712 546	20,12	40,82
September	749 354	21,43	41,34
	+ 36 808	+ 1,31	+ 0,52
Zigarettenherstellung			
August	285 301	23,08	33,85
September	287 193	23,74	35,69
	+ 1 892	+ 0,66	+ 1,84
Rautabakherstellung			
August	75 774	38,17	40,33
September	84 393	42,01	43,68
	+ 8 619	+ 3,84	+ 3,35
Rauchtabak- und Schnupftabakherstellung			
August	64 644	31,11	45,08
September	57 812	30,20	44,99
	- 6 832	- 0,91	- 0,09

Lohn- und Tarifvereinbarungen für Danzig

Der Manteltarifvertrag für die Zigaretten-, Rauchtabak-, Rautabak- und Schnupftabakabteilung sowie für die Heizer ist nach mehrtägigen Verhandlungen zwischen der Danziger Tabakmonopol A.-G., vertreten durch den Allgemeinen Arbeitgeber-Verband für die Freie Stadt Danzig, einerseits, und dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Danzig, sowie dem Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands, Geschäftsstelle Danzig, andererseits, mit nachstehenden Veränderungen auf ein Jahr verlängert worden:

1. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden, gearbeitet wird von Montag bis Freitag.
2. Der Urlaub wird von 12 auf 10 Arbeitstage gekürzt.

Darüber hinaus sind für die einzelnen Abteilungen folgende Lohnvereinbarungen getroffen worden:

Zigarettenherstellung

Die Stundenlöhne betragen:	
für Arbeiterinnen ab 1. 10. 32 ab 1. 4. 33	
bis zu 16 Jahren	47 ₰. 45 ₰.
" " 18 "	55 " 52 "
" " 20 "	61 " 58 "
" " 24 "	67 " 64 "
über 24 "	73 " 70 "

für Arbeiter	
bis zu 16 Jahren	72 ₰. 69 ₰.
" " 18 "	90 " 86 "
" " 20 "	107 " 103 "
" " 24 "	119 " 114 "
über 24 "	127 " 122 "
für Handwerker	
bis zu 20 Jahren	122 ₰. 117 ₰.
" " 24 "	134 " 129 "
über 24 "	142 " 136 "
1/2 Jahr in der Branche	147 " 140 "
Maschinenführer	147 " 140 "
für jedes Vierteljahr mehr	2 1/2 ₰.
bis zum Höchstlohn	157 " 150 "

Rauchtabakherstellung

Die Stundenlöhne betragen:	
für Arbeiterinnen ab 1. 10. 32 ab 1. 4. 33	
bis zu 16 Jahren	42 ₰. 40 ₰.
" " 18 "	48 " 46 "
" " 21 "	56 " 53 "
über 21 "	63 " 60 "

für Arbeiter	
bis zu 16 Jahren	55 ₰. 52 ₰.
" " 18 "	60 " 57 "
" " 20 "	77 " 74 "
" " 24 "	98 " 94 "
über 24 "	118 " 113 "
Tabakschneider erhalten eine Zulage von 9 ₰ je Stunde.	

Rautabakherstellung

Die Stundenlöhne betragen:	
ab 1. 10. 32 ab 1. 4. 33	
für Tabakspinner	133 ₰. 128 ₰.
für Spezialarbeiterinnen (Anlegerinnen, Decken- u. Röllchenmacherinnen sowie Stangenschneiderinnen)	
bis zu 16 Jahren	44 ₰. 42 ₰.
" " 18 "	51 " 49 "
" " 20 "	58 " 55 "
" " 24 "	62 " 59 "
über 24 "	68 " 65 "

Achtung!

Vom 23. bis 30. Oktober werden in der von den Zahlstellenverwaltungen bestimmten Wahlzeit die Delegierten und Erfahrpersonen zum 21. Verbandstag gewählt.

Kolleginnen und Kollegen, bekundet durch rege Wahlbeteiligung euer Interesse am Verbandsleben!

Alle übrigen, nicht aufgeführten Gruppen und nicht fertigen Spinner werden nach den für die Tabakfabrik gültigen jeweiligen Lohnsätzen bezahlt.

Der Wochenlohn für die Setzer beträgt ab 1. 10. 32 69,10 Dg. und ab 1. 4. 33 66,15 Dg. Sämtliche erforderlichen Mehrarbeiten sind durch den Wochenlohn abgegolten.

Diese Lohnvereinbarungen gelten vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. Juni 1933. Werden sie nicht mindestens einen Monat vorher gekündigt, dann gelten sie von Vierteljahr zu

Vierteljahr mit der gleichen Kündigungsfrist weiter.

Zigarrenherstellung

Der Lohn beträgt für die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 31. März 1933 16,50 Dg. und für die Zeit vom 1. April 1933 bis 30. Juni 1933 15,80 Dg. Im übrigen wird die Gültigkeit der Bestimmungen der Vereinbarung vom 8. Juli 1929 zu III, IV und V sowie der Vereinbarung vom 12. März 1932 zu II und III bis zum 30. Juni 1933 verlängert.

Berichte aus Gauen und Zahlstellen

Hohenhausen. Am 5. Oktober fand eine Mitgliederversammlung statt, in der zunächst zum 21. Verbandstag in Bremen Stellung genommen wurde. Die Mitglieder waren allgemein der Auffassung, daß auch einmal die Zahlstelle Hohenhausen versuchen müßte, einen Kollegen zum Verbandstag zu schicken. Daher wurde einstimmig der Kollege August Bergmann als Kandidat aufgestellt. Außerdem wurde der Wunsch laut, in der Entsendung der Delegierten eine andere Regelung zu treffen, damit jede Zahlstelle einmal einen Delegierten zum Verbandstag entsenden könne. Bisher sei dieses nur immer den jeweils größten Zahlstellen eines Wahlkreises möglich gewesen. Gauleiter Kollege Borchard berichtete hierauf noch einmal kurz über die letzten Tarifverhandlungen in Bad Deynhausen und Hamburg, und kam dann auf die Papen-Notverordnung zu sprechen. In klaren Zügen erläuterte der Referent den Inhalt der Verordnung zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit und zeigte an praktischen Beispielen die Auswirkung dieser Verordnung, die höchstens dazu angetan sei, die Not der breiten Masse zu vergrößern, denn durch Senkung der Kaufkraft könne keine Wirtschaft angekurbelt werden. Allen Versuchen der Fabrikanten, einen weiteren Lohnabbau auf Grund der Notverordnung vorzunehmen, müsse ein starkes Nein entgegengekehrt werden, denn durch Einigkeit und Entschlossenheit sei trotz der schlechten Verhältnisse auch heute noch etwas zu erreichen. Unter „Verschiedenes“ fand dann noch eine lebhaft ausgeprägte Sprache über alle schwebenden Fragen innerhalb der Zahlstelle und des Verbandes statt.

Leipzig. Am 8. Oktober fand im Volkshaus unsere Vierteljahrsversammlung statt. Der Kassenbericht, den der Kollege Lampe gab, wurde einstimmig gutgeheißen. Leider ist ein Mitgliederverlust eingetreten. Auch ist ein Teil der Mitglieder von den höheren in niedrigeren Beitragsklassen gegangen. Vom Kassierer wurde darauf hingewiesen, daß sich diese Mitglieder bei Beziehung von Unterstützungen doch selber schädigen. Sodann wurden mehrere Anträge zum Verbandstag, die schon in den einzelnen Sektionen beraten worden waren, einstimmig angenommen. Als Delegierter zum Verbandstag wurde einstimmig vorgeschlagen Kollege Karl Lampe, Sortierer, als Ersatzmann Kollege Karl Beder, Zigarrenarbeiter. Die Wahl findet am 25. Oktober, von 14 bis 18 Uhr, in den Lokalen Engelhardtstraße, Berliner Straße, Kaiserhallen, Eisenbahnstraße 1 und Volkshaus, Zeiger Straße statt. Alle Mitglieder sind verpflichtet, sich an der Wahl zu beteiligen. Unter Gewerkschaftlichem gab der Vorsitzende die kommenden Kurse der Betriebsräte und Wirtschaftsschule, sowie der Volkshochschule bekannt, und forderte zur Beteiligung auf. Aufnahme- und Fragebogen liegen im Büro aus. Hierauf fand die Ehrung der Kollegen Johannes Stadermann und August Moritz, welche 25 Jahre dem Verbandsangehören, statt. Der Vorsitzende Kollege Beder verlas im Auftrage des Vorstandes die Glückwünsche, überreichte die Ehrendiplome, sowie im Auf-

trage der Ortsverwaltung ein Geldgeschenk. Er feierte die Treue dieser Kollegen und forderte die Jugendlichen auf, den alten Kämpfern nachzusehen. In das dreimalige Hoch auf die Jubilare und den Deutschen Tabarbeiter-Verband stimmten die Anwesenden begeistert ein. Weiter verwies er darauf, daß unsere Zahlstelle jetzt 22 Jubilare zählt (darunter zwei Kolleginnen), die 25 bis 50 Jahre unserem Verbandsangehören. Diese Tatsache müßte doch alle Kolleginnen und Kollegen dazu anspornen, die Pionierarbeit dieser Kollegen zu würdigen, und dafür zu sorgen, daß wieder alle Leipziger Tabarbeiter geschlossen, wie in den letzten Jahren, dem Verband angehören. Kollege Stadermann dankte hierauf dem Vorstand und der Ortsverwaltung für die Aufmerksamkeiten. Er gelobte, weiter im bisherigen Sinne zu wirken und forderte die Kollegenschaft zur tatkräftigen Unterstützung der Funktionäre beim Wirken für den Verband auf. Ein gemüthliches Beisammensein mit einem flotten Länzchen hielt dann die Kollegenschaft noch bis nach Mitternacht in guter Stimmung zusammen, die mit dem Gelöbnis nach Hause ging, mitzutämpfen für eine bessere Zeit, auch für die Tabarbeiter.

Münden. Die am 2. Oktober im Gewerkschaftshaus (Tonhalle) abgehaltene Mitgliederversammlung beschäftigte sich zunächst mit dem kommenden Verbandstag. Vorgeschlagen als Kandidaten wurden die Kollegen Ohlmeier und Hohmeier. Weiter beschäftigte sich die Mitgliederversammlung mit Wünschen und Anregungen zum Verbandsstatut. Nach einer Aussprache, an der sich die Kollegen Hohmeier, Engelbrecht, Hemmer, Ohlmeier, Borchard, Kaiser und Riechmann beteiligten, nahm die Versammlung von Anträgen Abstand. Es wurde aber den Delegierten mit auf den Weg gegeben, den Wünschen und Anregungen der Versammlung auf dem Verbandstag Rechnung zu tragen. Nachdem dieser Teil erledigt war, hielt Gauleiter Kollege Borchard noch einen Vortrag über die letzte Notverordnung, der mit großem Interesse entgegengenommen wurde. Hierauf wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden Kollegen Sasse geschlossen.

Deutscher

Tabakarbeiter-Verband

Bremen, An der Weide 20.

Fernruf: Amt Domsheide 20 780.

Verbandsvorsitzender: Ferdinand Husung.
Geld- und Einschreibsendungen nur an Johannes Krohn, Postfachkonto: 5349, Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der G.C. Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Filiale Bremen.
Ausschufsvorsitzender: Louis Schöne, Hamburg 33, Rübenkamp 82 Spt.

Kandidatenliste

Die in Nummer 42 des „Tabak-Arbeiter“ veröffentlichte Liste der Kandidaten für die Wahl der Delegierten und Ersatzpersonen zum 21. Verbandstag muß wie folgt ergänzt werden:

19. Wahlkreis:

Bökenkamp (Burgsteinfurt).

24. Wahlkreis (2):

Andreas Dinkel (Offenbach), Wilhelm Herrmann (Pfungstadt), Otto Kirck (Pfungstadt), Martin Seitz (Offenbach).

25. Wahlkreis (2):

Christine Cremer (Lachen), Peter Kurlach (Köln), Fritz Reiche (Drögn), Helene Schöffler (Lachen), Otto Wallinger (Drögn).

Berichtigung zur Kandidatenliste:

Im 6. Wahlkreis muß es heißen: Alwin Röder (Nordhausen) an Stelle von Thilo Brüder.

Im 20. Wahlkreis muß es heißen: Konrad Tasche (Brake) an Stelle von Konrad Pasche.

Bekanntmachungen

Am 22. Oktober ist der 43. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

7. Oktober. Landshut 78.35.

8. Leisnig 400.—, Heidenheim 100.—.

10. Nordhausen 300.—, Grobreitenbach 33.10, Gertenbach 48.45, Müllheim 300.—, Osnabrück 100.—, Lehesten 78.60, Tangermünde 26.—, Franzenhausen 114.—, Gr. Rhüden 34.95, Michelfeld 78.40, Altenburg 250.—, Helmshausen 5.10, Keffershausen 9.80, Meißen 50.—, Kahla 40.—, Mustau 23.40, Heilbronn 372.10.

11. Prenzlau 70.—, Obercunnersdorf 102.—, Waldkappel 12.—, Hagen 50.—, Neustadt a. R. 96.50, Fürstentagen 7.—, Ostringen 160.—.

12. Danzig 180.—, Oranienbaum 200.—, Wilster 30.—, Blotho 200.—, Münden 800.—, Friedrichslohra 14.70, Bretznig 80.—, Zwickau 30.—.

13. Neues — 30, Bentorf 100.—, Rinteln 22.75, Unterrieden 67.—, Hundelshausen 74.90, Schöneck 350.—, Kaschau 26.85.

14. Freben 72.15.

15. Mainz — 30.

Bremen, den 18. Oktober 1932.

J. Krohn.

Unserm lieben und treuen Kollegen

August Burg

nebst Frau

(Alverdissen-Hummerbruch) zu ihrer Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Alverdissen

Was kostet die Krise?

Von Fritz Tarnow

Der seitherige Produktionsverlust in den drei Jahren ökonomischer Weltkrise wird von Sachverständigen auf 250 bis 300 Milliarden Reichsmark geschätzt. Das ist eine trockene Ziffer, aber was bedeutet sie, gemessen an dem Reichtum der Welt?

Diese 250 bis 300 Milliarden Krisenverlust sind sechsmal mehr als die sämtlichen Goldbestände der Welt und übersteigen das Dreifache der umlaufenden Geldmittel. Der Wert der sämtlichen Eisenbahnen der Erde einschließlich allen rollenden Materials bleibt dahinter zurück. Die Verlustsumme ist größer als der zehnfache Wert der gesamten Handelsflotte der Welt, mehr als zwölffach so viel als der Gesamtwert der Post- und Telegrapheneinrichtungen, die den Erdball umspannen. Erst an diesen Vergleichen offenbart sich der grauig-grandiose Vernichtungskampf der kapitalistischen Krise gegen den Reichtum der Gesellschaft.

Wie sieht die Verlustbilanz in der deutschen Wirtschaft aus? Setzt man die industrielle Produktion vom Mai 1929 gleich 100, so stand sie im Mai 1932 nur noch auf 55,2, ohne daß damit schon das Ende des Schrumpfungsprozesses erreicht worden wäre. Von Monat zu Monat ging es weiter herunter bis auf 49,1 im August.

Das Institut für Konjunkturforschung, das diesen Produktionsindex zusammenstellt, gibt dazu auch eine Uebersicht in Geld gerechnet. Der Bruttowert der industriellen Produktion betrug 84 Milliarden Reichsmark im Jahre 1928 und — wenn der Rest des Jahres nicht noch eine weitere Verminderung bringt — rund 32

Milliarden im Jahre 1932. Ein Teil des Rückganges beruht allerdings auf dem Sinken der Preise; umgerechnet auf den Preisstand von 1928 würde sich „nur“ ein Verlust von 34 Milliarden Reichsmark ergeben.

Das gesamte jährliche Volkseinkommen, das ungefähr dem Nettowert der gesamtwirtschaftlichen Produktion entspricht, ist vom Konjunkturinstitut für die Zeit vor der Krise auf 76 Milliarden Reichsmark berechnet worden. Im Jahre 1932 dürfte es auf etwa 40 Milliarden Reichsmark kommen. Die höchste jährliche Reparationszahlung nach dem Dawes-Plan war auf 2½ Milliarden festgesetzt. Der Krisenbeitrag, den das deutsche Volk dem kapitalistischen System entrichten muß, beläuft sich in diesem Jahre auf das 14fache dieser Summe.

Das ist eine geradezu vernichtende Bilanz für den Kapitalismus. Dabei ist noch gar nicht abzusehen, wann die tiefste Sohle erreicht sein wird. Das Konjunkturinstitut ist schon befriedigt, feststellen zu können, daß wenigstens „die Wucht des Abschwunges“ sich vermindert hat. Selbstverständlich muß sich das Tempo des Niederganges verringern, denn bis auf den Nullpunkt kann es nicht gut heruntergehen.

Bemerkenswert ist die unterschiedliche Entwicklung zwischen der Erzeugung von Produktionsmitteln und derjenigen von Konsumgütern. Vom konjunkturellen Höchststande aus gemessen ist die erstere im Januar dieses Jahres auf 37,5 und dann bis August nur noch auf 36,8 gesunken. Die Verbrauchsgütererzeugung dagegen, die im Januar auf 68,6 stand, ist bis August noch weiter auf 63,2 herabgesunken.

Das Konjunkturinstitut bemerkt dazu lakonisch: „Damit wird allmählich das Mißverhältnis überwinden, das sich vor allem im zweiten Halbjahr 1931 zwischen dem Produktionsumfang der beiden Industriegruppen herausgebildet hatte. Denn ein so hoher Anteil der Verbrauchsgüter, wie er noch um die Jahreswende 1931/32 bestand, widerspricht den Erfordernissen einer hoch industrialisierten Volkswirtschaft wie der deutschen.“

Nun, der frontale Sturmangriff auf die Kaufkraft der breiten Massen, den der Papen-Plan unternommen hat, dürfte ja in dieser Beziehung seine Wirkung nicht verfehlen. Natürlich muß das „Mißverhältnis“ beseitigt werden. Es wäre aber offenbar eine zu einfache Auffassung von der Wirtschaft, wenn man sich vorstellen wollte, daß die Einschränkung in den Produktionsgüterindustrien durch eine Erweiterung des Verbrauchs und der Konsumgüterindustrien ausgeglichen werden könnte. Anpassung des Verbrauchs an die Armut der Produktionsausnutzung, das ist die kategorische Forderung des Kapitalismus.

Produktionsmittel können nicht mehr hergestellt werden, weil Deutschland und die ganze Welt damit weit über den Bedarf angefüllt sind. Ein übergroßer und moderner Produktionsapparat steht leistungsbereit zur Verfügung. Rohstoffe in überquellender Fülle verderben ungenutzt. Sieben Millionen Arbeitslose in Deutschland, 30 Millionen in der kapitalistischen Weltwirtschaft jagen vergeblich nach Beschäftigung.

Die kapitalistische Wirtschaft ist vollkommen desorganisiert. Die Automatik des Systems ist eingetrostet und die verzweifeltsten Bemühungen, das Getriebe

71 (Nachdruck verboten)

Tal Eden

Erzählung von Anna Mosegaard

Noch ehe die Heuernte eingebracht war, rückten eine Anzahl Maurer und Zimmerer in Tal Eden ein. Von früh bis spät erklang das Klopfen, Hämmern und Sägen. Das Wohnhaus war ganz niedergerissen, die Bewohner hatten sich in der Scheune häuslich niedergelassen. Die Arbeiter kamen des Morgens aus der Stadt und reisten des Abends wieder nach Hause. Ihre trockene Kost brachten sie sich mit, mittags verabreichte Ruth ihnen Essen. Arbeit gab es für sie in Hülle und Fülle. Je mehr Lasten auf ihren jungen Schultern ruhten, desto höher richtete sie sich auf. Es war gleichsam, als wüchse sie mit ihren Pflichten über sich selbst hinaus. Der Vorarbeiter, der Zimmerer, ein blonder Hüne von Gestalt, hatte Ruth den Rat gegeben, eine Veranda anzubauen,

das würde sich sicher rentieren. Ein Gasthaus mit der Lage Tal Edens nehme sich ohne Veranda nicht sehr vorteilhaft aus.

Ruth überlegte, fragte auch die Großmutter um ihre Meinung, ließ dann den Vorarbeiter, Max Rosenbusch mit Namen, die Sache mit dem Baumeister regeln, und die Veranda wurde in Angriff genommen. Die Arbeit erstreckte sich bis in den Herbst hinein, dabei hatte sich eine Art Kameradschaftlichkeit zwischen den Männern der Arbeit und den Bewohnern von Tal Eden gebildet. Der kleine Fritz trippelte bald hier, bald da herum, immer war er, wo er nicht sein sollte. Die Urgroßmutter hatte ihre liebe Not, den kleinen Strich einzufangen.

Am liebsten war Fritz bei Max Rosenbusch, denn er hatte gar bald herausgefunden, daß dieser Zimmermann ein äußerst lieber Onkel war. Fast jeden Morgen hatte er einen Bonbon oder ein Stückchen Schokolade für ihn in der Tasche. Und wenn es ihm sonst schmeckte, schwang er ihn auch noch hoch in die Luft. Das war so etwas für den Fritz! Was

waren die Mutter und die Urgroßmutter gegen den Onkel!

„Passen Sie auf, junge Frau, den kleinen Racker spann' ich Ihnen eines schönen Tages noch aus“, hatte er der geschäftigen Ruth eines Tages zugerufen. „Na, na, Freund Rosenbusch!“ hatte Ruth protestiert. „Erstmal bin ich ja keine junge Frau, wie Sie wohl schon wissen, und zweitens soll ich wohl die Augen offen halten, damit mir keiner den Buben holt.“

Obwohl Max Rosenbusch nun immer gemeint hatte, daß Ruth junge Frau oder Witwe sei, nahm er absolut keinen Anstoß an Fritzens Vaterlosigkeit. Dazu war ihm der kleine Schelm und seine bildschöne, blitzsaubere Mutter viel zu sehr ans Herz gewachsen in der kurzen Zeit, die er in Tal Eden verbracht hatte. Ein paar Scherzworte waren noch hin und her geflogen und hatten die beiden Menschen einander nähergebracht. Im September gab's in Tal Eden einen kleinen Richtschmaus, vier Wochen später stand das neue Gasthaus fig und fertig

wieder in Bewegung zu bringen, bleiben erfolglos. Selbst die Optimisten unter den bürgerlichen Ökonomen gehen in ihren Hoffnungen nicht weiter, als die Möglichkeit eines langamen Wiederaufstieges in absehbarer Zeit vorauszusagen.

Die Wahrscheinlichkeit, auch nur diejenige Wirtschaftshöhe wieder erklimmen zu können, die vor der Krise erreicht war, ist außerordentlich gering. Dagegen setzt sich in der Wissenschaft mehr und mehr die Auffassung durch, daß wir auf eine „lange Welle“ des wirtschaftlichen Abstieges geraten seien, die nur noch gelegentlich durch kurzfristige Aufstiegsperioden unterbrochen würde.

Die Frage ist nur, ob die Menschen bereit sind, diesen unfreiwilligen langweiligen Abbruch geduldig mitzumachen. Wie lange werden sie sich noch dem Wahnsinn unterwerfen, am Reichtum zu verelenden?

Wirtschaftssysteme verschwinden nicht von selbst. Sie müssen gestürzt werden, wenn die Zeit dafür gekommen ist. Und wahrlich, die Zeit ist überreif für den

Sturz des Kapitalismus, für die sozialistische Organisation der Wirtschaft.

Die Sozialdemokratische Partei, in engerster Gemeinschaft mit den Gewerkschaften, hat den Kampf für den Sozialismus als Gegenwartsaufgabe proklamiert. Die konkreten Forderungen des Umbauprogramms — Ueberführung der Schwerindustrie und der Großbanken in den Besitz der Gesellschaft, Enteignung des Großgrundbesitzes, Aufbau staatlicher Wirtschaftsmonopole, Errichtung einer zentralen Planwirtschaftsstelle — sind die Voraussetzungen für eine Neuordnung der produktiven Kräfte im Sinne einer planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft.

Selbstverständlich hängt die Verwirklichung der sozialistischen Forderungen von der politischen Machtgestaltung ab, davon, daß die vom Kapitalismus Enterbten sich in einer politischen Willenseinheit zusammenfinden. Der Boden dafür ist die Sozialdemokratische Partei. Ihr gehören die gewerkschaftlichen Stimmen am 6. November.

aber nur für 129 Mill. RM., Polen für 141 Mill. RM., verkaufte aber nur für 111 Mill. RM., Italien für 341 Mill. RM., verkaufte aber nur für 268 Mill. RM.

Alle europäischen Länder, deren Einfuhr von der Kontingentierung betroffen wird, kauften Waren im Werte von 4178 Millionen Reichsmark von Deutschland, während sie an Deutschland nur Waren im Werte von 1890 Millionen Reichsmark verkauften. Deutschland verkauft also mehr als das Doppelte von dem, was die anderen Länder nach Deutschland einführen, und hat damit das stärkste Interesse, alles zu vermeiden, was zur Verringerung des deutschen Industrieexports führen könnte.

Was tut aber die Papen-Regierung? Sie verringert mit der Kontingentierung die Einfuhr um etwa 170 Millionen Reichsmark und erreicht damit nicht etwa, daß die Lage der Landwirtschaft gebessert wird, sondern daß alle die Länder, die Agrarerzeugnisse nach Deutschland einführen, aber gleichzeitig die besten Kunden unserer Exportindustrie sind, ihren Bedarf an Industrieerzeugnissen nicht mehr in Deutschland, sondern in England, Frankreich oder Amerika decken. Wegen einer Verringerung unserer Einfuhr um 170 Millionen Reichsmark werden die Exportinteressen der deutschen Industrie leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Es ist damit zu rechnen, daß unsere Ausfuhr um 1 bis 2 Milliarden Reichsmark sinkt. Die natürliche Folge sind weitere Stilllegungen in der Exportindustrie, und damit erneutes Anwachsen der Arbeitslosigkeit um mindestens eine halbe Million. Mit der Steigerung der Arbeitslosigkeit sinkt aber auch die Kaufkraft der Arbeiterschaft für Nahrungsmittel, so daß die Landwirtschaft ebenfalls nur Nachteile aus dieser unsere Außenhandelsbeziehungen zerstörenden Politik der Papen-Regierung zieht.

Kontingentierung und Agrarautarkie sind das beste Mittel, die Verelendung des deutschen Volkes zu verewigen, ohne der Landwirtschaft auch nur im geringsten zu nützen.

Nützen Autarkie und Kontingentierung?

Nazis und Agrarier haben den Landwirten seit Jahren vorgegaukelt, daß die Abschneidung jeglicher Einfuhr, die Autarkie, zu einer Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse führen wird. Um der Landwirtschaft zu beweisen, daß sie ebenjotig oder womöglich noch besser als Hitler für die Erhöhung der Preise zu sorgen versteht, führt die Papen-Regierung jetzt die Kontingentierung, d. h. die mengenmäßige Beschränkung der Einfuhr, durch und zerstückelt damit in leichtfertigster Weise unsere Außenhandelsbeziehungen.

Einige Zahlen beweisen es. Im vergangenen Jahr betrug der Wert der Nahrungsmittel, deren Einfuhr jetzt kontingentiert werden soll, 707 Millionen Reichsmark oder 10,5 v. H. unserer gesamten Einfuhr. Bei einer ganzen Reihe von Ländern, und zwar gerade bei un-

seren Nachbarländern, ist der Anteil der Kontingentsware an der Gesamtausfuhr aber viel größer. So besteht die Einfuhr aus Dänemark zu 59 v. H., aus den Ostseerandstaaten zu 58 v. H., aus Holland zu 32 v. H., aus Polen zu 22 v. H. und aus Italien zu 20 v. H. aus Kontingentswaren. Aber auch andere Länder werden von der Kontingentierung in starkem Maße betroffen. Die Länder, deren Einfuhr nach Deutschland durch die Kontingentierung am stärksten verringert wird, kaufen von der deutschen Industrie aber mehr Waren als sie nach Deutschland verkaufen.

Im Jahre 1931 kauften von Deutschland Dänemark für 368 Mill. Reichsmark, verkaufte aber nur für 183 Mill. RM., Holland für 955 Mill. RM., verkaufte aber nur für 384 Mill. RM., die Randstaaten für 203 Mill. RM., verkauften

da bis auf das Schild, das noch nicht wieder angebracht war. Die Großmutter sollte entscheiden, ob das neue Haus fortan „Tal Eden“ oder wie ehemals „Gasthaus zur Bunten Ruh“ heißen sollte. Lange sann die Greisin hin und her. Mit Stolz betrachtete sie ihr schönes neues Heim. Alte, längst verklungene Weisen schwirren in ihrem Ohr. So, als wäre es gestern gewesen, sieht sie die Marie durch den Saal wirbeln, sieht, wie sich von allen Seiten Männerhände nach ihr strecken. —

Und dann — war es gekommen, und die Marie war still geworden, so still — so still. Ihre lachende, singende Marie! Die hübsche Marie aus der „Bunten Ruh“.

Da gab es der Alten einen Ruck. „Hängt das Schild auf, wie es ist!“ befahl sie den Männern.

Ruth begriff die Großmutter nicht; sie war ja immer so seltsam gewesen!

So erhielt das alte Holzschild, mit den verwitterten Buchstaben wieder seinen Platz. „Man muß das Schicksal zwin-

gen“, sagte die Großmutter. Das klang, als fiele eine Axt auf hartes Holz; und da war niemand, der ihr widersprochen hätte.

Der erste Sonntag im neuen Heim brachte nur einen einzigen Gast, das war Max Rosenbusch. Er hätte sich so gesehnt nach dem Fritz, und da, — na daheim bei ihm sei alles so öd und leer, also sei er rausgefahren.

Ruth errötete wie ein junges Mädchen; sie brachte das schäumende Bier und setzte sich mit ihrem Strickstrumpf zu ihrem Gaste.

Der kleine Fritz jubelte, als er seinen guten Freund wiedersah, und weder Mutter noch Urgroßmutter hätten es vermocht, ihn vom Schoße des Onkels zu bringen. In der Abendstunde stellten sich noch ein paar Gäste ein. Keine Geringsern als der Gemeindevorsteher mit dem Herrn Gendarmen. Am runden Tisch saßen sie und tranken ihren Schoppen. Nicht gerade freundlich waren die zwei; kamen sie doch, um sich persönlich davon zu überzeugen, wie es in dem neuen Tal

Eden aussehe. Aber Ruth verstand schon mit ihrem Geplauder die gestrengen Herren aufzuheitern. Nach zwei Stunden verließen sie in äußerst guter Stimmung das Gastzimmer. „Es ist nichts dazu zu sagen“, wandte der Gemeindevorsteher sich an den Gendarmen.

„Nicht im geringsten, Herr Gemeindevorsteher, aber verteuft hübsch ist das Mädel.“

„Sm, — was das anbelangt, die Hauptsache ist, daß nichts passiert, was sie mit den Gesehen in Konflikt brächte, dafür haben Sie Sorge zu tragen.“

„Jawohl, Herr Gemeindevorsteher, werd's schon machen.“

Der nächste Sonntag brachte schon ein paar neugierige Baren nach Tal Eden und ein paar junge Burschen dazu. Ruth behandelte sie alle mit derselben heitern Freundlichkeit; und bald hatte so mancher herausgefunden, daß es in Tal Eden eigentlich recht gemütlich sei. Als der Schneefall einsetzte, stand Tal Eden wieder verlassen da. Nur der Förster ging nie vorüber, ohne einzukehren.

Verstaatlichung der Schlüsselindustrien

Die bisherige Beherrschung der Schlüsselpositionen der Industriewirtschaft durch Privatmonopole hat zu schwersten Schädigungen der Gesamtwirtschaft geführt. Die großen Wirtschaftsmächte halten mit Hilfe ihrer Monopolstellung künstliche Preisüberhöhungen für die wichtigsten industriellen Grundstoffe, für Kohle, Eisen, Baustoffe, Düngemittel und sonstige chemische Erzeugnisse aufrecht. Der deutsche Inlandseisenpreis ist doppelt so hoch als der Weltmarktpreis; Kohle, Zement, Industriebekanntnisse und Düngemittel werden im Inland übersteuert und ans Ausland verschleudert. Durch diese verhängnisvolle Monopolpolitik wird die Leistungsfähigkeit der verarbeitenden Industrien und der Landwirtschaft beeinträchtigt und die Arbeitsmöglichkeit sowohl in der Stadt wie auf dem Land noch weiter verringert.

Willkürherrschaft, Monopolprofite und Machtkämpfe der einzelnen Trustgruppen haben gewaltige wirtschaftliche Schädigungen verursacht, eine riesige Überkapazität und enorme Fehlinvestitionen herbeigeführt. Das Produktionsvermögen der Schlüsselindustrien ist durch diese Mißwirtschaft phantastisch überentwickelt worden, bis zu 100 v. H. über die jemals erreichte Rekordproduktion. In der Montanindustrie sind in der Nachkriegszeit Milliardenbeträge verbaut, verrationalisiert und vergeudet worden. 300 Millionen Reichsmark Fehlinvestitionen durch überflüssigen Neubau von Kokereien, 800 Millionen Reichsmark durch unsinnigen Ausbau der Zementwerke, ebensoviel vergeudet durch das Stickstoffieber im Macht- und Quotendampf der Konzerne — das ist die Bilanz der Willkürherrschaft in den Vollwerken des Monopolkapitalismus.

Durch diese Mißwirtschaft sind in der Montanindustrie und den anderen Schlüsselindustrien schwerste Krisenherde entstanden, die Arbeiter liegen auf der Straße, der Staat, das heißt die Allge-

meinheit, muß die Verluste tragen; 100 Millionen Reichsmark wurden bereits zur Stützung des Flick-Konzerns, der den Stahltrust beherrscht, aufgewandt und Duzende von Millionen zur Sanierung anderer Industrien.

Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie verlangen die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, die Ueberführung der natürlichen Bodenschätze sowie der ausschlaggebenden Grundstoffindustrien in Gemeineigentum. Diese Verstaatlichung und planmäßige Wirtschaftsführung der Schlüsselindustrien, die die Grundlagen des modernen Wirtschaftslebens bilden, ist nach dem Unheil, das die Privatmonopole angerichtet haben, zu einer Existenzfrage für Staat und Volk geworden.

Nur wenn die Allgemeinheit über die Kommandohöhen der Wirtschaft verfügt, kann eine planmäßige Wirtschaftsführung an Stelle der heutigen Wirtschaftsanarchie, eine Bedarfsdeckungswirtschaft an Stelle der heutigen Profitwirtschaft angewandt und damit zugleich die Wiederkehr der furchtbaren Wirtschaftskrisen verhütet werden.

Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien ist eine Etappe zum Endziel der sozialistischen Planwirtschaft, eine Etappe, die nur dann erreicht werden kann, wenn die sozialistische Arbeiterbewegung den Kampf um die politische Macht bei jeder Gelegenheit und auch in diesem Wahlkampf unter dem geschlossenen Einsatz aller ihrer Kräfte führt. Nur wenn die sozialistische Arbeiterbewegung die Macht im Staate erobert und behauptet, wird der Weg zur Planwirtschaft frei.

Die Nazis nennen sich zwar auch „sozialistische Arbeiterpartei“, aber ihr Sozialismus ist Scheinsozialismus und Volksbetrug. Herr Thyssen und andere „Wirtschaftsführer“ der Schwerindustrie sind Gönner und Geldgeber dieser sogenannten „Arbeiterpartei“.

Nur die kämpfende Klassenbewusste Arbeiterbewegung wird den Umbau der Wirtschaft erzwingen und damit die Massen aus Elend und kapitalistischer Wirtschaftsnot befreien und ihnen in einer gerechten und vernünftigen Wirtschaftsordnung ein menschenwürdiges Dasein schaffen.

Safent Kreuzler für Streik?

Die Nationalsozialistische Partei in Deutschland ist durch die „überlegene Strategie“ ihrer Führer in eine so unmögliche Lage hineinmanövriert worden, daß diese seltsame „Arbeiterpartei“ diesmal ohne die finanzielle Unterstützung der Großindustrie in den Wahlkampf ziehen muß. Diese Wendung der Dinge hat in der Führung solche Verwirrung angerichtet, daß man aus Verzweiflung „marxistisch“ geworden ist: man setzt sich offen für den — wie man früher sagte — „die Nation vergiftenden Arbeitskampf“ ein und versucht sogar da und dort, Streiks aktiv zu fördern. Es gibt jedoch

nichts Neues unter der Sonne: genau so wie jetzt in Deutschland war es vor Jahren in Italien.

Auch dort waren die Unternehmer mit ihrer Gunst gegenüber den Faschisten lange Zeit schwankend. Noch im Jahre 1923 hat deshalb der Faschismus privaten Besitz enteignet und Streiks gefördert. All dies hörte jedoch gründlich auf, als sich der Faschismus sicher an der Macht fühlte. 1926 wurde verfassungsmäßig jeglicher Streik verboten und der faschistische Staat wurde zu einem Staat, in dem die Kapitalisten befehlen und die Arbeiter zu gehorchen haben!

Mit dem Venz aber kamen auch die Gäste wieder. Max Rosenbusch war der getreuesten einer. Für die Ostertage hatte er Ruth sogar eine kleine Kapelle besorgt. Seit langer Zeit erklang in Tal Eden die Fiedel wieder. Es gab Unterhaltungskonzert. Aber das war nicht so recht was für die Dörfler, darum suchte Ruth am nächsten Sonntag um Tanz an. Und es wurde bewilligt.

Zu Zweien und zu Vierern pilgerte das junge Volk nach Tal Eden. Es gab einen Jubel und Trubel, wie ihn Tal Eden längst nicht mehr gehört hatte. Ruth rannte geschäftig hin und her und konnte bei weitem nicht allen Anforderungen genügen, die an sie gestellt wurden. Da hatte Max Rosenbusch kurz entschlossen sich seiner Jacke entledigt, und in Hemdärmel, wie es Sitte war, markierte er den Wirt und war Ruth eine große Stütze.

Die Großmutter hatte einmal zur Tür hereingesehen und so recht befriedigt gelächelt, Max Rosenbusch auf die Schulter geklopft, als er mit den schäumenden

Biergläsern vorübereilte, und Ruth zugenickte.

Um zwei Uhr war Feierabend.

Müde zum Umfinken lehnte Ruth am Ausschank, neben ihr Max Rosenbusch. Er konnte erst mit dem Frühzug zur Stadt kommen und hatte somit noch drei volle Stunden Zeit.

„Recht vielen Dank für Ihre Mühe, lieber Freund.“

Ruth reichte ihm dankbar die Hand, die er herzlich drückte. „Nichts zu danken, Fräulein Ruth, hab's gern gemacht.“

„Ja, wenn ich Sie nicht gehabt hätte! Ich weiß nicht recht, finden Sie nicht, daß es ratfam wäre, eine Hilfe mir an den Ausschank zu nehmen?“

„Sind Sie nicht zufrieden mit mir alten Knaben?“

„O — Freund Rosenbusch, — ich bitte Sie! Ich fürchte nur, es wird Ihnen zuviel. Sie werden Ihre Angehörigen und Ihr Geschäft nicht über Tal Eden vernachlässigen wollen.“

„Das Geschäft, — hm, — da mögen Sie recht haben, viel Arbeit wirds heute

nicht mehr geben. Es ist schon das Beste, ich schlafe aus und fange erst Mittag an. Und was meine Angehörigen betrifft, so seien Sie ohne Sorgen, mein Hiersein macht keine Schmerzen, denn ich hab' niemand, der sich um mich bangt.“

„Niemand?“ Ruth rieb sich den Schlaf aus den Augen.

„Niemand. Meine Frau starb nach kurzer glücklicher Ehe im Wochenbett; das Kind nahm sie mit. Wenn's am Leben wäre, wär's im Friß seinem Alter.“

Ruth sah erschrocken den Freund an. „Daher also Ihre Zuneigung für meinen Jungen.“

„Ja und nein; ich mag den Jungen nun einmal gern und seine Mutter noch viel lieber. Ruth! Liebe Ruth!“ Max Rosenbusch war nähergekommen und hatte Ruths Hand ergriffen. „Wir haben beide ein Glück begraben und stehen an einem geschlossenen Hügel! Wir sind beide jung, lassen Sie es uns probieren, vielleicht, daß uns aus Schutt und Scherben ein neues Glück erblickt.“

Aufruf!

Ein neuer Winter mit vermehrter und gesteigerter Not kündigt sich an. Millionen unserer Volksgenossen sehen ihm mit Bangen entgegen. Seit Jahren leisten sie fast Uebermenschliches im Ertragen.

Nicht nur die wirtschaftliche Not drückt auf die zahllosen Opfer dieser grausamen Wirtschaftskrise; hinzu kommt die geistige und seelische Not, hervorgerufen durch erzwungene Untätigkeit, durch immer wieder enttäuschte Hoffnungen, durch die Zerstörung aller Zukunftspläne. Die Not nimmt ständig zu; sie ergreift immer weitere Bevölkerungsschichten und im Einzelfall wird sie schärfer und drückender. Die Kraft des Ertragens aber wird schwächer, je länger die Not dauert. Die Leistungen der öffentlichen Fürsorge und der Versicherung sind schon lange völlig unzureichend.

Millionen unserer notleidenden Klassenossen blicken auf die Organisationen der Arbeiterschaft und erwarten von ihnen auch in diesem Winter Beistand und Hilfe.

Die Arbeiterwohlfahrt rüstet zum Kampf gegen die Not. Die mitunterzeichneten Verbände erklären sich ihr solidarisch.

Wieder geht unser Appell an alle uns gesinnungsverwandten Angestellten, Beamten und Arbeiter und an alle Freunde der Arbeiterschaft.

Seht für die

Solidaritätshilfe!

Beweist durch die Tat, daß der Geist der Kameradschaftlichkeit trotz Not und Unterdrückung in der Arbeiterschaft lebendiger ist denn je! In einer Zeit der sozialen Reaktion und tiefen Mutlosigkeit bekennen wir uns zur Zukunft. Wir wollen helfen, daß das Millionenheer unserer notleidenden Brüder und Schwestern nicht mutlos wird. Wir wollen helfen, sie als Kämpfer für den Sozialismus zu erhalten!

Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt

Sozialdemokratische Partei Deutschlands; Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands; Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege; Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund; Allgemeiner freier Angestelltenbund; Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

9. Ausschußsitzung des ADGB.

Am 7. Oktober trat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Tagung in Berlin zusammen, um mit den Verbandsvorständen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Notverordnung sowie die gegenwärtige Rechtslage zu besprechen. Er beschäftigte sich zunächst mit den Konsequenzen, die durch die Durchführungsvorordnung des Reichsarbeitsministers vom 3. Oktober d. J. für den Abwehrkampf der Arbeiterschaft gegen den Lohnabbau entstehen könnten. Einmütig wurde die Meinung vertreten, daß durch die Verordnung die verschiedenen Einwände, die von den Gewerkschaften

gegen das Bestehen einer Friedenspflicht erhoben werden, nicht entkräftet worden sind, da eine Rechtsgrundlage für die Verordnung des Reichsarbeitsministers nicht gegeben sei. Die Gewerkschaften könnten sich zudem den stürmischen und vollauf berechtigten Protesten ihrer Mitglieder gegen den Lohnabbau nicht verschließen. Die Kämpfe würden nicht durch die Gewerkschaften, sie würden durch das bittere Unrecht der Notverordnung selbst hervorgerufen. Die Verantwortung für diese Arbeitskämpfe treffe daher nicht die Gewerkschaften, sondern die Regierung.

Von zahlreichen Verbandsvertretern

wurde des Weiteren auf die wirtschaftlich unsinnigen und sozialpolitisch unerträglichen Auswirkungen bei der Notverordnung hingewiesen, deren arbeitsmarktpolitische Gefahr durch die neuen handelspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung noch unabsehbar gesteigert werden. Das umfangreiche Material, das den Gewerkschaften über eine sinnlose und mißbräuchliche Ausnutzung der neuen Bestimmungen vorliegt, soll der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dem gesamten deutschen Volke sollen die unheilvollen Folgen aufgezeigt werden, die sich aus der Durchführung des erneuten Lohnabbaues nicht nur für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, sondern auch für jeden Versuch einer wirklichen Arbeitsbeschaffung, insbesondere auch für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Renten-Regierung zwangsläufig ergeben müssen.

Literarisches

„Jahrbuch 1931 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, Berlin 1932. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S 14, 325 Seiten. Ladenpreis gebunden 6,80 RM., kartoniert 6 RM., Organisationspreis gebunden 5,10 RM., kartoniert 4,50 RM. Der Aufbau des Jahrbuches, in Gewerkschaftskreisen wohl bekannt, ist unverändert geblieben; nur der Umfang des Wertes ist diesmal etwas geringer (20% Druckbogen gegen 24% bzw. 23% in den zwei vorangegangenen Jahren). Es wird wohl allgemein begrüßt, daß diese Einschränkung den statistischen Anhang nicht berührt hat, der, in dem Jahrbuch 1928 erstmalig ausgedruckt, allmählich von Jahr zu Jahr — auch diesmal — erweitert wird. Auch im Textteil wird das Jahrbuch arbeitsstatistisch immer mehr ausgebaut, wobei hier in den letzten Jahren sichtlich großer Wert darauf gelegt wird, das Zahlenmaterial in lebendiger Form darzustellen.

Die Zuspitzung der Krise und die Verschärfung der sozialen Kämpfe stellen die Gewerkschaften vor die Aufgabe, für die weiteren Kämpfe energisch zu rüsten. Für die geistige Rüstkamer der Gewerkschaften bildet das Jahrbuch des Bundes eine wesentliche Bereicherung.

Ruth hatte ihm zwar ihre Hand nicht entzogen, aber sie schwieg.

„Warum sprechen Sie nicht, liebe Ruth? Zweifel Sie daran, daß ich Ihrem Sohne ein rechter Vater sein könnte und Tal Eden ein Wirt, wie es ihn gebrachte?“

Da leuchtete es auf in Ruths dunklen Augen: „Ja, lieber Freund, wir wollen es versuchen, — zu zweien fährt's sich immer besser.“

„Ruth, liebe Ruth!“

So war die Stunde gekommen, in der Fritz einen Vater und Tal Eden einen Wirt bekam. Zwei Sonntage vor Pfingsten las der Pastor die Verlobten von der Kanzel herab. Die Burschen spitzten die Ohren und die Frauen und Mädchen rümpften die Nasen.

Am Pfingsttage herrschte Jubel und Trubel in Tal Eden. Mag Rosenbuschs Arbeitskollegen waren mit Kind und Kegel aus der Stadt gekommen, um dem jungen Paare ihre Glückwünsche darzubringen. Und weil es ihnen in Tal Eden

gar so gut gefallen hatte, verbrachten sie fortan manchen Sonntag dort und brachten immer neue Gäste mit. Und alle vier Wochen gab es ein Tänzchen für das junge Volk. Herschte auch nicht mehr die laute, tolle Lust wie ehemals in der „Bunten Ruh“, so gab Tal Eden lang nichts nach, was Fröhlichkeit und Gemütlichkeit betraf. Für groß und klein war da gesorgt. Einen prächtigen Tummelplatz gab es für die Kleinen, zwischen zwei alten Apfelbäumen war eine Schaukel angebracht. Bunte Fähnchen schwingend, machten sie ihren Reigen, tranken frische Milch und bekamen rote Backen.

An lauen Sommerabenden gab es dann und wann auch einen Fackelzug. Dann erstrahlte Tal Eden in feenhafter Beleuchtung. Zahllose Lampions schwankten im Nachtwinde. In Busch und Baum blinkten sie auf, bald rot, bald grün, bald gelb.

Und immer hatten Wirt und Wirtin neue Ueberraschungen für die Gäste bereit und waren geachtet und geehrt von jedermann.

Im Februar, als noch hoher Schnee die Städte von Tal Eden fernhielt, bekam Fritz ein Brüderchen! War das eine Freude! Fritz war ja nun bald drei Jahre alt, konnte auf eignen Füßen stehen, und so kam Bruder Mag auf Urgroßmutter Schoß. Und als er davonlief, kam Bruder Wilhelm. Und ein halbes Jahr, bevor sich die Großmutter niederlegte zum ewigen Schlaf, stellten sich gleich zwei allerliebste Mädchen ein. Ein Zwillingspärchen, das bei der Taufe die Namen Ruth und Lisbeth erhielt. Lisbeth hatte Rosenbuschs erste Frau geheißt. Ein rechtes, fruchtbares Tal Eden war das.

Aber mit den Zwillingen war auch Schluß zugleich. Stolz war Ruth auf ihre blühende Kinderschar, aber da nun die Großmutter nicht mehr regierte unter der lärmenden Schar, mußte es schon genug sein. Und der Herrgott holte keinen von den Fünfen zu sich, er teilte nicht mit den Eltern nach dem Sprichwort, das die Dorfbewohner immer bereit hatten, wenn von ihren Kindern die Hälfte bald wieder starben. (Fortsetzung folgt)